

22. Dezember 2009

„Leute, die im Wald arbeiten, sind nicht einfach nur Weihnachtsmänner ...“

Ein Interview mit MdB Dr. Christel Happach-Kasan (FDP) zur Forstpolitik der neuen Koalition

BDF: Frau Dr. Happach-Kasan, ich freue mich, dass Sie Zeit für uns haben, gratuliere zu dem tollen Wahlergebnis und wünsche Ihnen viel Glück für Ihre neue Zeit und die Regierungsarbeit. Ich hoffe, Sie bleiben uns als forstpolitische Sprecherin erhalten?

Dr. Christel Happach-Kasan: Die Arbeitsgruppe der Fraktion hat entschieden, dass ich in Zukunft die Ernährungs- und Agrarpolitische Sprecherin sein werde und zum Aufgabenfeld der Agrarpolitischen Sprecherin wird in Zukunft auch die Forstpolitik gehören. Ich werde also auch in Zukunft das Thema Forstpolitik bearbeiten.

BDF: Wunderbar, dann haben wir ja in Zukunft die besten Kontakte zur Regierung, das gefällt uns sehr gut, vielen Dank.

Frau Dr. Happach-Kasan, was sind Ihre persönlichen Schwerpunkte für die nächste Legislatur?

HK: Ich glaube, es wird ein ganz harter Job werden, das auch tatsächlich umzusetzen, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Da ist zum einen sicherlich die Schwierigkeit, dass wir innerhalb einer Finanz- und Wirtschaftskrise kaum finanzielle Spielräume zur Verfügung haben. Das zweite ist, dass wir einen Koalitionspartner haben, der in den Koalitionsverhandlungen sagte: „Weiter so, wäre doch eigentlich nicht schlecht“ und wir gesagt haben: „'Weiter so' wollen wir ganz bestimmt nicht“.

Und in verschiedenen Feldern wird sich dieses deutlich machen. Ich denke mir, dass betrifft weniger die Forstwirtschaft, als eher den Bereich Gentechnik. Sicherlich trifft es auch zum Teil auf die Exportsubventionen zu, die wir im jetzigen Umfang nicht beibehalten wollen, auch im Hinblick auf die Verantwortung für Entwicklungs- und Schwellenländer.

Das betrifft möglicherweise aber auch durchaus den Forstbereich, denn wirklich etwas getan hat sich ja in den letzten vier Jahren nicht, mit Ausnahme, dass der Waldzustandsbericht nur noch alle zwei Jahre abgegeben wird, womit ich keine Probleme habe.

BDF: Das war ja auch Ihre Forderung ...

HK: Ich bin der Meinung, dass es nicht gut ist, das Thema Wald insbesondere über den Zustandsbericht zu thematisieren. Wir haben die Belastung der Böden mit Schadstoffen. Bei bestimmten geologischen Bedingungen führen diese zu einer Schwächung des Waldes, aber an diesen Belastungen ändert sich kurzfristig nichts, und daher muss darüber auch nicht jedes Jahr berichtet werden. Wir verschlechtern mit den Zustandsberichten das gesellschaftliche Klima für die Nutzung von Holz. Das hilft dem Wald nicht. Wir müssen dagegen wirkliche Maßnahmen für den Wald treffen. Da sind wir als FDP glaube ich ganz gut aufgestellt.

BDF: Was stellen Sie sich da konkret vor?

HK: Also von uns ist in die Koalitionsverhandlungen hineingebracht worden, dass wir das Bundeswaldgesetz ändern werden. Wir sind seit langem auf dem Weg, zum einen im Bereich der Definition des Waldes: wir wollen Agroforstsysteme möglich machen. Das ist gerade für die stoffliche und energetische Nutzung von Holz eine ganz wichtige Voraussetzung.

BDF: Meinen Sie in diesem Zusammenhang Agroforstsysteme auf Waldflächen oder auf landwirtschaftlichen Flächen?

HK: Nein, auf landwirtschaftlich genutzten Flächen. Es hat mit Wald im Prinzip nichts zu tun, aber das Bundeswaldgesetz berührt es trotzdem.

Außerdem meinen wir, wenn wir über Biodiversität in Deutschland reden, bedeutet das im Waldland Deutschland vor allem und gerade Biodiversität im Wald. Biodiversität im Wald bedeutet unter anderem, dass wir durch das Nebeneinander von jüngeren und älteren Bäumen die Biodiversität



stärken wollen. Das bedeutet auch ein Mehr an Totholz. Gleichzeitig wollen wir Menschen an Wald und an Natur heranführen. Bei stehendem Totholz fallen jedoch ab und zu Äste herunter, können Menschen gefährdet werden. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass die Verkehrssicherungspflicht so, wie sie im Augenblick besteht, geändert wird, damit die walddtypischen Gefahren, d.h. es kann ein Ast beispielsweise vom Baum fallen, nicht gleich dazu führen, dass der Förster, der dafür zuständig ist, in Haft gehen muss. Das wollen wir ändern, das wird ein sehr schwieriges Gebiet. Ich habe das in der letzten Legislaturperiode bereits mit Juristen abgeklopft. Das ist nicht so einfach umzusetzen. Wir wollen es aber jedenfalls versuchen.

Wir wollen auch versuchen, dass die forstlichen Zusammenschlüsse bessere Vermarktungsmöglichkeiten erhalten. Und wir wollen die Charta für Holz stärken. Das ist ein Kapitel, das gar nicht so einfach umzusetzen ist. Ich hatte in der letzten Legislaturperiode eine Anfrage gestellt, und habe etwa 20 nichts sagende Antworten bekommen. Die Architekten sagen mir, dass es nach wie vor Hindernisse bei der Nutzung des Rohstoffes Holz gibt. Die Bundesregierung hat mir damals geantwortet: „Nein, das gibt es überhaupt nicht“. Genau das werden wir abklopfen müssen. Da bitte ich Sie dann auch um Verständnis, dass ich noch nicht das gesamte Regierungsprogramm drei Wochen nach Abschluss des Koalitionsvertrages fertig habe.

BDF: Die Charta für Holz ist sicherlich ein schwieriges Thema, da fehlen sogar uns manchmal die Vorstellungen, wie man den Holzabsatz weiter fördern kann. Deshalb stellt sich die Frage, welche konkreten Vorstellungen Sie haben. An die Hochschulen zu gehen, um Architekten zu schulen, ist aber mit Sicherheit ein richtiger Weg.

HK: Wir müssen ja feststellen, dass wir als Waldland eine geringere Nutzung von Holz haben als so ein Land wie Schweden oder Österreich. Wir kommen in der Nutzung von Holz für den Hausbau noch nicht einmal an Finnland heran. Warum eigentlich? Und dies, obwohl die Vorteile des Rohstoffes Holz auf der Hand liegen. Ich habe vor kurzem eine Werkstatt besucht, in der junge Menschen, die keinen Hauptschulabschluss haben, an regelmäßige Arbeit herangeführt werden. Und wissen Sie, was die machen? Die reparieren Segelflugzeuge und das sind in der Regel Flugzeuge, die über 50 Jahre alt sind. Das sind alles Holzflugzeuge. Wunderschön. Dass man damals Holz für Segelflugzeuge verwendet hat, zeigt, was für ein idealer Werkstoff Holz ist.

BDF: Auch im Bereich ‚Ökologisches Bauen‘. Aber es gibt immer noch die Mär, dass Holzbauweise weniger haltbar sei als ‚Stein auf Stein‘ ...

HK: ... ich wundere mich immer, wenn man die Stabkirchen in Norwegen betrachtet, wie man auf diese Idee kommen kann, dass Holzbauweise nicht so lange hält wie Stein.

BDF: Sie haben in Ihrem Regierungsprogramm nicht die Festschreibung der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft aufgenommen.

HK: Also wir haben uns davon leiten lassen, das hineinzuschreiben, was wir ändern wollen, und nicht das, was wir beibehalten wollen.

BDF: Ich meine die weitergehende Formulierung und Konkretisierung der Definition der Ordnungsgemäßen Forstwirtschaft. Der BDF versteht das auch als Brückenschlag Richtung Naturschutz, weil uns Forstleuten ja immer unterschwellig vorgeworfen wird, wir würden Raubbau betreiben und nur auf die Ökonomie achten. Dabei tun wir eine ganze Menge und arbeiten zum größten Teil vorbildlich. Deswegen täte es uns eigentlich nicht weh, diese Definition zu wagen.

HK: Möchten Sie, dass wir bei der Novellierung des Bundeswaldgesetzes die gute fachliche Praxis festschreiben?

BDF: Wir sprechen von ordnungsgemäßer Forstwirtschaft, nicht von der guten fachlichen Praxis.

HK: Ja gut, wir wollen jetzt nicht um Worte streiten. Ich glaube, wir sind uns in der Koalition und wenn ich da an die Zusammenarbeit mit Herrn Caesar (MdB, CDU, *Anm. d. Red.*) denke, relativ einig, dass wir erstens Wälder am besten schützen, indem wir sie auch nutzen. Da sind wir uns sogar völlig einig, und ich freue mich auch, dass jetzt in der ZEIT (DIE ZEIT, 15.10.2009, Nr. 43, *Anm. d. Red.*) ein großer Artikel zum Thema Nutzung von Holz erschienen ist.

Ich habe verwandtschaftliche Beziehungen in den Harz, dort hat der Bergbau dazu beigetragen, dass der Wald im Wesentlichen erhalten ist. Wenn Sie einen Blick aus der Luft auf den Harz werfen, kann man die Rodungsflächen deutlich erkennen. Ich komme aus Schleswig-Holstein, dort ist



der Wald nicht erhalten worden, obwohl natürlich auch im Bereich Schiffbau Holz gebraucht wurde. Man hat dennoch auf den Ackerbau gesetzt. Wir hatten im 18. Jahrhundert in Schleswig-Holstein

einen Restanteil von 4,4 % Wald, inzwischen ist der Anteil auf 10 % der Landesfläche gestiegen. Das ist schon einmal nicht schlecht. Die These „Nur dort wo der Wald genutzt wird, wird er auch geschützt“ ist, glaube ich, sehr einleuchtend. In der Koalition sind wir uns einig, dass es bestimmte Dinge gibt, die wir nicht festgeschrieben haben, weil sie einfach selbstverständlich sind.

BDF: Das sehen wir auch so, wir verstehen es nur als Brückenschlag für den Naturschutz, weil wir hoffen, mit einer Kooperation weiterzukommen als mit Konfrontation. Aber inhaltlich sind wir uns völlig einig.

Der BDF setzt sich für die Einführung eines Mindestlohns in der Forstwirtschaft ein, damit forstliche Lohnunternehmer, auch Waldbesitzer die Möglichkeit erhalten, qualitativ hochwertiges Personal einzusetzen, hochwertige Arbeit zu leisten und trotzdem wettbewerbsfähig zu sein ...

HK: ... Gut, Sie wissen, die Grundposition der FDP ist, dass wir keine Mindestlöhne haben wollen. Ich glaube auch nicht, dass der Staat in die Tarifautonomie der Tarifpartner eingreifen und bestimmte Löhne festschreiben sollte. Im Übrigen wissen wir in Deutschland natürlich auch, dass ein Mindestlohniveau durch die Beiträge definiert ist, die über Harz IV denjenigen Menschen geleistet werden, die keine Arbeit haben. Damit haben wir letztlich in Deutschland einen Mindestlohn definiert und jeder, der Menschen in Arbeit bringen will, beschäftigen will, muss einen Lohn bezahlen, der höher ist als Harz IV, anders geht es nicht.

BDF: Wie stehen Sie dazu, dass ausländische Arbeitskräfte, die ja in ihren Heimatländern ein wesentlich geringeres Lohnniveau haben, in Deutschland eben auch günstiger produzieren können, weil sie geringere Löhne zahlen können. Die Forderung nach Mindestlohn bezieht sich in erster Linie nicht auf unsere Unternehmen, sondern soll eigentlich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen erhalten ...

HK: Wir haben ein vereintes Europa. Wir in der FDP sehen die Notwendigkeit, dass wir die Arbeitnehmerfreizügigkeit auch in Deutschland verwirklichen und auf Sonderregelungen verzichten sollten. Ich glaube, dass diese Regelung, die ja eine gewisse Abschottung des Arbeitsmarktes in Deutschland verursacht hat, sich insgesamt nicht bewährt hat. Man muss feststellen, dass gerade qualifizierte Arbeitnehmer sich eher Arbeitsplätze in England gesucht haben als in Deutschland, weil die Hürden hier so hoch waren. Ich glaube, dass wir da nichts Gutes für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer getan haben. Ich glaube, dass Abschottung generell gesehen, keine Lösung ist.

BDF: Wir haben Arbeitnehmer aus Osteuropa, auch im Forstbereich.

HK: ... auch im Forstbereich, gut. Ich weiß nicht, in welchen Größenordnungen das der Fall ist. Die Zahlen kenne ich nicht. Über die Saisonarbeiterregelung weiß ich aber, dass der freie Zugang zum Arbeitsmarkt nach Deutschland nicht in der Weise gegeben ist, wie bspw. nach Großbritannien.

BDF: Der BDF steht für die Forderung nach ausreichender Personalausstattung, nachhaltiger Personalpolitik, Neueinstellung, insbesondere für die Erfüllung der Anforderungen an den Wald. Das ist jetzt eher eine Länderfrage oder forstpolitische Grundsatzfrage, aber wie schätzen Sie vor diesem Hintergrund die Strukturänderungen, Revierverschiebungen und Personaleinsparungen in den Landesforstverwaltungen und -betrieben und -anstalten sowie den Rückzug aus vormals staatlichen Aufgaben ein?

HK: Also, ich bin da ganz vorsichtig. Ich glaube, dass ich als Bundespolitikerin nicht den einzelnen Bundesländern sagen sollte, in welcher Weise sie ihre forstlichen Anstalten ausstatten sollen. Ich bin als Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in Schleswig-Holstein selbstverständlich in sehr engem Kontakt mit den Landesforsten in Schleswig-Holstein und ich halte die Lösung, die dort getroffen wurde, für richtig. Ich glaube, dass die Forstbetriebe auf Landes- und auf kommunaler Ebene klar herausstellen müssen, was sie im Bereich der Bewirtschaftung der Forsten ausgeben, was sie verdienen und inwieweit sie eine ausgeglichene Bilanz hinbekommen. Sie müssen jedoch Zuweisungen der entsprechenden Körperschaft für Gemeinwohlleistungen erhalten. Ich habe mich seit 1992 dafür eingesetzt, dass wir diese Trennung bekommen, damit wir genau wissen, was die Bewirtschaftung der Forsten kostet und wie viel Geld für Gemeinwohlleistungen ausgegeben wird. Der Bürger hat einen Anspruch auf Haushaltstransparenz. Wir müssen auch den



Anspruch stellen, dass die Bewirtschaftung der Wälder im Schnitt der Jahre, so heißt das bei uns im Kreis Herzogtum Lauenburg, kostendeckend erfolgt. Wenn die Öffentlichkeit, wenn das Land mehr Leistungen im Bereich der Gemeinwohlleistungen haben will, dann muss das extra bezahlt werden. Das gibt es nicht zum Nulltarif. Darüber muss dann auch der Haushaltsgesetzgeber, d.h. der Landtag, beschließen. So und so viel, 4 Millionen, 5 Millionen geben wir für Gemeinwohlleistungen aus. Unter Gemeinwohlleistungen verstehen wir beispielsweise die Umweltbildung. Diese soll natürlich nicht über den Holzverkauf finanziert werden. Umweltbildung muss sozusagen vom Land extra geleistet und finanziert werden. Wenn ein Förster Umweltbildung macht, dann muss er vom Land dafür bezahlt werden.

BDF: Stünde dies im Waldgesetz, wären die Länder dazu verpflichtet. In Zeiten klammer Haushaltskassen wird der Betrag, der für diese Gemeinwohlleistungen zur Verfügung gestellt wird, zunehmend geringer. Wäre es nicht ein guter Weg, diesen Vorrang der Gemeinwohlleistungen im öffentlichen Wald, es geht nur um öffentlichen Wald, festzuschreiben?

HK: Nein, ich glaube nicht, dass man das so machen kann. Als ehemaliges Mitglied eines Kreistages muss ich deutlich machen, dass, wenn Sie in einem Haushalt zu entscheiden haben, sanieren Sie die Schulen oder finanzieren Sie Gemeinwohlleistungen im Wald, dann werden Sie sich für die Schulen entscheiden müssen. Jetzt eine gesetzliche Pflicht festzulegen, dass eine Gemeinwohlleistung im Wald vorrangig vor den anderen Pflichtaufgaben erbracht werden muss, halte ich nicht für richtig.

BDF: Eine weitere Frage, die man auch gesetzlich festschreiben könnte wäre die Qualifizierung des Personals, bzw. den Einsatz von qualifiziertem Personal. Auch das haben Sie nicht im Bundeswaldgesetz festschreiben wollen bzw. in das Regierungsprogramm aufgenommen?

HK: Mit dieser Thematik haben wir uns in der Oppositionszeit bereits beschäftigt. Da sind wir durchaus noch in der Diskussion, was dort gemacht werden kann, wie weit tatsächlich die vorhandenen berufsbildenden, beruflichen Ausbildungen ausreichend sind, um das abzudecken, was jetzt an Anforderungen an Waldarbeiter gestellt werden. Darüber, glaube ich, muss man tatsächlich nachdenken. Ich meine, dass wir dort zu weiteren Ausbildungsgängen kommen müssen. Ich glaube, dass das Cluster Forst und Holz generell in dieser Gesellschaft absolut unterbewertet wird. Es hat eine sehr viel größere wirtschaftliche Bedeutung, als dass der Gesellschaft und vielen in der Politik bewusst ist. Die Leute, die im Wald arbeiten, sind nicht einfach nur Weihnachtsmänner, die sind hochqualifiziert. Ich glaube, wir brauchen auch eine Stärkung des Ausbildungssektors, um Waldarbeiter für ihre verschiedenen Aufgaben ausreichend zu qualifizieren.

Wir haben nach dem letzten Sturm Kyrill die Diskussion gehabt, sollte man nicht Arbeitslose in den Wald schicken. Ich habe mich dagegen gewehrt. Wir haben in der Aufarbeitung des Sturmholzes von Kyrill nach Auskunft der Bundesregierung neun Unfalltote gehabt. Ich finde das ist zu viel. Wenn man dort die Unfallrate senken will, kann man dies nur über eine bessere Qualifizierung, über eine Verpflichtung zu entsprechender Arbeitsschutzkleidung erreichen. Diesen Weg müssen wir auch fortgehen. Mir sind die Unfallraten im Wald zu hoch.

BDF: Ja, Waldarbeit ist gefährlich, das zeigen alle Statistiken ... zuletzt auch eurostat ...

Wie sehen Sie diese Frage im Verwaltungsbereich, also nicht diejenigen mit der beruflichen Ausbildung, sondern mit Studium, Hochschulstudium?

HK: Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass wir Wege finden müssen, neue Studienabgänger in das Berufsleben hinein zu ziehen. Wir brauchen und haben ja bspw. den Referendardienst und dürfen jetzt kein Berufsverbot sozusagen dadurch aussprechen, dass wir niemanden in den Referendardienst übernehmen, auch wenn uns bewusst ist, dass wir nicht alle Referendare werden übernehmen können. Aber ich glaube, es ist wichtig, dass wir diesen Ausbildungsgang sehen, um natürlich auch von den Universitäten, den Fachhochschulen neues forstliches Wissen in die Verwaltung einzubringen

BDF: Sie meinen den Wissenstransfer in die Praxis. Der findet ja zurzeit fast gar nicht mehr statt, wenn niemand mehr eingestellt wird.

Noch einmal zur Personalintensität. Sie hatten gesagt, dass Sie das den Ländern nicht vorschreiben können ...

HK: Nein, das kann ich nicht.



BDF: Das ist völlig richtig. Gleichwohl, wenn man Holz mobilisieren möchte, braucht man Forstleute auf der Fläche. Für Freiberufliche ist es bspw. überhaupt nicht wirtschaftlich, Kleinprivatwaldbesitzer zu betreuen. Das können sie gar nicht leisten, weil der Erlös viel zu gering ist. Ist dies nicht eine Aufgabe, die der Staat unbedingt wahrnehmen muss?

HK: Also, ich bin etwas vorsichtig beim Definieren von Staatlichen Aufgaben. Dass ein Waldbesitzer mit 5-10 ha Wald regelmäßige Durchforstungen macht, ist wünschenswert, aber es ist nicht staatliche Aufgabe, ihn dazu zu zwingen. Das will ich ganz deutlich machen. Es gibt andere Möglichkeiten, als immerzu nur staatliche Aufgaben zu definieren. Wir haben die forstlichen Zusammenschlüsse, wir haben Möglichkeiten, diese über die GAK zu fördern. Ich bin auch sehr dafür, dies zu nutzen, und wir haben jetzt sozusagen auch eine Mobilisierung von Holz hinzubekommen. Wir müssen aber auch sehen, eine stärkere Mobilisierung von Holz wird nur dann erfolgen, wenn wir tatsächlich auch entsprechende Holzpreise haben. In der Charta für Holz haben wir uns zusammengetan, ein Mehr an Nutzung von Holz auf den Weg zu bringen. Das ist ein wichtiger Weg. Ein zweiter wichtiger Weg ist natürlich auch, dass aus dem genutzten Holz ein Erlös an den Waldbesitzer fließt.

Wenn wir jetzt sehen, dass ein Drittel der Kosten bei der Holzbereitstellung die Transportkosten sind, dann muss man natürlich auf dieses Thema auch mal eingehen. Dann fällt auf, dass in Deutschland das Gesamttransportgewicht von LKW im Vergleich zu den Nachbarländern am niedrigsten ist. Dies trägt dazu bei, dass bei uns die Transportkosten so hoch sind. Wir sollten überlegen, ob wir das ändern wollen.

BDF: Das ist sozusagen eine Vision.

HK: Das ist eine Vision. Ich habe das mit unseren Verkehrspolitikern schon einmal besprochen. Da war ich kurz davor, einen Kopf kürzer zu werden. Das will ich auch sagen. Aber man sollte es auch mal rational angehen und ich kenne auch das Gutachten, das die konkrete Belastung der Straßen bewertet hat. Das zeigt, dass das Gesamttransportgewicht nicht die Messgröße ist, an der die Belastung der Straßen festgemacht werden kann.

BDF: Das war Mobilisierung. Im Gegensatz dazu steht die Strategie zur Biologischen Vielfalt. Es soll jetzt ein Bundesprogramm dazu aufgelegt werden. Haben Sie da schon genauere Vorstellungen? Nach unserer Auffassung widerspricht sich das ja ein bisschen. Wir sind nicht komplett gegen Stilllegungen, aber wir glauben, dass sie begründet sein müssen, wir wollen qualitativ guten Naturschutz und nicht einfach pauschal 5 % ...

HK: ... Also wir als Liberale haben uns immer gegen diese Prozentzahlen gewehrt. Wir haben Altwaldstandorte, Standorte mit jahrhundertelanger Habitattradition, die hinsichtlich ihrer Biodiversität sehr wertvoll sind. Es sollte der Teil der Altwaldstandorte unter Totalschutz gestellt werden, dessen besondere biologische Situation dies erfordert. Ein pauschaler Nutzungsverzicht von 5% eines jeden Waldstücks ist dagegen nicht sinnvoll.

Wir haben als Schutzgemeinschaft Deutscher Wald im vergangenen Jahr eine Tagung bei uns in Schleswig-Holstein durchgeführt, auf der Forstleute erläutert haben, wie die Forstwirtschaft ein Mehr an Biodiversität bewirken kann. Dieses Wissen der Forstwirtschaft sollte genutzt werden. Wir wollen die Altersklassen breiter aufstellen und Totholz im Wirtschaftswald integrieren. Wenn wir mit solchem Spezialwissen an die Fragestellung herangehen, bekommen wir mehr Biodiversität als mit Pauschalvorstellungen von 5 % Flächenstilllegung.

Im Übrigen will ich das ganz deutlich sagen: Wenn wir in Deutschland eine Wirtschaft haben wollen, die mehr auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist, dann hat der nachwachsende Rohstoff Holz eine ganz besondere Bedeutung. Man sollte der Bevölkerung nicht zwei Botschaften vermitteln: einerseits Holznutzung als ein Stück Nachhaltigkeit und andererseits Waldstilllegung für die Biodiversität. Das können wir so parallel nicht kommunizieren.

BDF: Das heißt, es gibt noch keine genaueren Vorstellungen, dieses Bundesprogramm umzusetzen?

HK: Nein, im Augenblick kann ich dazu noch nichts sagen. Das wäre verfrüht. Es gibt in Einzelbereichen Vorstellungen, nichts Pauschales zu machen, aber auch das ist schwer umzusetzen, weil die Vorbehalte gerade von Naturschutzverbänden gegenüber Forstleuten erheblich sind. Da sind



auch Altlasten aufzuarbeiten. Da bin ich ganz Ihrer Meinung. Dies sollte dann auch geschehen, damit wir in einem sinnvollen Miteinander zu guten Ergebnissen kommen.

BDF: Weitere Themenfelder sind der Emissionshandel und CO₂-Zertifikate: Wald ist ja schon als Senkenleistung anerkannt. Die Frage ist, werden auch langlebige Holzprodukte anerkannt, wie sehen Sie das?

HK: Also ich halte es für sinnvoll, dass Holzprodukte ebenso anerkannt werden. Ich habe auch schon entsprechende Gespräche geführt. Aber da muss ich ganz ehrlich sagen, die Verordnung habe ich noch nicht im Kopf. Das ist extrem kompliziert und sehr schwierig. Dafür werden wir kämpfen müssen. Ich habe anfangs das Beispiel Stabkirchen in Norwegen gebracht: das ist ja ein Beispiel dafür, wie langandauernd Holz genutzt werden kann und wie lange die CO₂-Bindung im Holz auch erfolgt.

BDF: Es gibt ja eine Ankündigung von Ihnen, durch diese CO₂-Zertifikate „eine angemessene Finanzierung von Technologietransfer-, Waldschutz- und Anpassungsprojekten“ aus dem Emissionshandel zu realisieren. Fällt unter Waldschutz auch ein Waldumbau? Oder was verstehen Sie in diesem Zusammenhang unter Waldschutz?

HK: Also ich glaube, das muss man ein bisschen großzügiger machen, man kann in einer Pressemitteilung nicht ein 10-Seiten-Programm sozusagen abhandeln und das kann ...

BDF: ... das habe ich kopiert aus Ihrem Koalitionsvertrag.

HK: Nein, da steht das nicht drin.

Wir haben als FDP immer gesagt, sowohl in der letzten Legislaturperiode als auch in der aktuellen, wir wollen Wälder in den Emissionshandel einbeziehen. Rot-Grün war dazu nicht bereit, Schwarz-Rot war es. Ich habe gesehen, dass es dort eine Verordnung gibt. Allerdings muss man sagen, dass das Thema in der Regierungszeit von Schwarz-Rot nicht weiter vorangetrieben wurde und dass nichts passiert ist. Wir wollen natürlich, wenn Gelder über den Emissionshandel fließen auch wirklichen Nutzen generieren. Dieser soll den Waldbesitzern zu Gute kommen. Damit kann man bei bestimmten Standorten Waldumbau finanzieren, an den anderen Standorten Waldschutz. Das kann auch die Verbesserung der Biodiversität sein, da gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Wir müssen gerade bei der Frage des Waldumbaus immer mit im Blick haben, dass die Wälder, die heute gestaltet werden, von der übernächsten Generation genutzt werden. Das heißt, wir brauchen ein vergleichbares breites Artenspektrum, um tatsächlich zu gewährleisten, dass Waldnutzung auch für künftige Generationen interessant ist. Wir wissen, dass heute teilweise andere Baumarten genutzt werden als noch vor 50 Jahren. Da hat es Änderungen gegeben, diese müssen berücksichtigt werden.

Wir beobachten im Wald Schadorganismen, die früher nur von geringer Bedeutung waren. Ich habe mir vor kurzem einen Eschenwald in Schleswig-Holstein angeguckt, der sah nicht gut aus. Wir haben bei der Erle die Phytophthora-Erkrankung, wir haben sie teilweise in Süddeutschland bei der Buche ebenfalls, den Ulmensplintkäfer bei der Ulme. Das heißt es gibt eine ganze Menge an Herausforderungen an die Gestaltung von Wäldern. Dafür auch ein paar Mittel aus dem Emissionshandel aufzubringen, halte ich für sinnvoll.

BDF: Einige Mitglieder interessiert auch das Waffenrecht. Forstleute sind durch die Verschärfung des Waffenrechtes auch mit betroffen. Sie haben im Koalitionsvertrag formuliert, dass das Waffenrecht dahingehend evaluiert werden soll, ob es unzumutbare Beeinträchtigungen gegeben hat. Gibt es da schon irgendwelche Vorstellungen, oder wollen Sie es nicht verschärfen, glücklicherweise.

HK: Also von unserer Seite aus: es gibt sehr tragische Vorgänge in der Waffennutzung. Wir müssen aber schlicht und ergreifend feststellen, dass die meisten Probleme illegale Waffen machen, nicht die legalen und darauf sollte man als Gesetzgeber entsprechend reagieren.

BDF: Ein weiteres spannendes Themenfeld sind die Bundeswaldverkäufe ...

HK: Ein Thema, mit dem wir uns in dieser Legislaturperiode sicherlich auch beschäftigen werden, ist die Frage der Zertifizierung. Wir als FDP sind der Meinung, dass Zertifizierung ein Thema der Privatwirtschaft ist und sich der Staat aus einer solchen privatwirtschaftlichen Maßnahme im Wesentlichen heraushalten sollte. Das heißt, er sollte sich nicht zugunsten des einen oder anderen Zertifizierungssystems äußern oder dieses oder jenes stärken. Das was wir als Mindeststandard



für die Waldbewirtschaftung als unabdingbar ansehen, muss im Waldgesetz festgeschrieben werden. Wenn jemand, ein privater oder kommunaler Waldbesitzer, noch andere Maßnahmen ergreifen will, ist das seine Sache. Wenn er sich das zertifizieren lassen will, ist das auch seine Sache. Ich bin allerdings nicht der Meinung, dass sich damit irgendwelche staatlichen Förderungen verbinden sollten. Deswegen haben wir auch in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass bei der Beschaffungsrichtlinie die beiden wesentlichen in Deutschland miteinander konkurrierenden Zertifizierungssysteme gleichgestellt werden sollen. Deren Unterschiede sind minimal.

BDF: Frau Dr. Happach-Kasan, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

Das Interview führte Ines von Keller am 12.11.2009 im dbb forum, Berlin

Der BDF (Bund Deutscher Forstleute) besteht seit 1950 als forstpolitische und berufsständische Vertretung der Forstleute und Angestellten in allen Waldbesitzarten. Mit den mehr als 10.000 Mitgliedern ist der BDF auch Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion (dbb). Als Gegengewicht zur Verwaltung und den Arbeitgebern werden die Forstleute vertreten, indem Einfluss auf alle forst- und naturschutzpolitischen Zielsetzungen genommen wird. Daneben erfolgt die Information der politischen Entscheidungsträger mit fachlichen Informationen. Weitere Informationen zur Zielsetzung, den Aufgaben und Schwerpunkten des BDF sind unter www.bdf-online.de zu finden. Im Pressebereich stehen neben einer Pressemappe weitere Pressemitteilungen und Fotos zum Download bereit.

Bundesgeschäftsstelle
Friedrichstrasse 169/170, 10117 Berlin
www.bdf-online.de

Geschäftsführerin Ines v. Keller
Tel.: 030-4081-6550 / Fax: 030-4081-6710
Email: info@bdf-online.de

Pressereferent Jens Düring
Tel.: 0151-56912011
Email: presse@bdf-online.de